

Die Vollversammlung hat beschlossen:

1. Angesichts der fortschreitenden, durch die kapitalistische Wirtschaftsweise ausgelösten Klimakrise, ruft die studentische Vollversammlung hiermit die Klimanotlage aus.
2. Sie fordert alle politischen Ebenen und Entscheidungsträger*innen auf, ebenso eine Klimanotlage zu beschließen, und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakrise sozialverträglich abzuwenden und das 1,5° Ziel einzuhalten.
3. Die Vollversammlung fordert die Landesregierung, das Wissenschaftsministerium und das Finanzministerium auf, die Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass Hochschulen zügig klimagerecht umgestaltet werden können. Hierbei sollen insbesondere den Hochschulen genügend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, damit in den nachhaltigen Klimaschutz investiert werden kann.
4. Die Vollversammlung fordert von Universität, Studierendenwerk und der Stadt Freiburg, sich Klimaziele zu setzen, um spätestens 2030 klimaneutral zu werden. Hierbei sollte die Studierendenvertretung aktiv einen gesamtuniversitären Dialog mit allen Statusgruppen und Beteiligten anstreben. Studentischen Vertreter*innen in Universitätsrat, Senat, den Fakultätsräten und weiteren universitären Gremien werden aufgefordert, bei sich bietender Gelegenheit dieses Thema einzubringen. Die Vollversammlung erkennt an, dass Klimagerechtigkeit nur zusammen mit sozialer Gerechtigkeit verwirklicht werden kann.
5. Die Vollversammlung schließt sich den von Fridays for Future beschlossenen Forderungen für Deutschland, Baden-Württemberg und Freiburg an. Sie bekräftigt bereits getroffene Klimabeschlüsse und Solidarierungen des Studierendenrats. Die Vollversammlung ruft daher mit zum nächsten globalen Klimaaktionstag auf.
6. Die Vollversammlung erklärt ihre Solidarität mit allen Klimaaktivist*innen, die mit den Grundwerten der Verfassten Studierendenschaft übereinstimmen. Sie bittet Studierendenrat, Vorstand der Studierendenvertretung und AStA weiterhin studentische, klimaaktivistische Gruppen zu unterstützen. In diesem Sinne sollen Vertreter*innen der Studierendenvertretung diesen und weitere klimapolitische Beschlüsse der Studierendenvertretung umsetzen.
7. Die Vollversammlung fordert, dass zukünftig keine Finanzmittel der Studierendenvertretung für Produkte, die mehr als nur Spuren von Fleisch und Fisch enthalten, ausgezahlt werden dürfen. Auch auf eigenen Veranstaltungen muss die Studierendenvertretung auf Fleisch und Fisch verzichten. Zudem soll die Verpflegung vegan und wenig künstlich verarbeitet gestaltet werden.
8. Die Vollversammlung fordert das SVB-Vergabegremium auf, bei den Kriterien zur Vergabe der SVB-Mittel des Projektwettbewerbs zu den bereits bestehenden Kriterien (Nutzen für Studierende, Beteiligung von Studierenden, Nachhaltiger Nutzen, Interdisziplinarität, Neuartigkeit und Diversität) auch das Kriterium der "Klimagerechtigkeit" zukünftig mitzubedenken. Projekte, die interdisziplinär Klima und Umweltthemen berücksichtigen sollten stärker bei der Vergabe berücksichtigt werden können.
9. Die Vollversammlung fordert einen universitären Dialog über Flugreisen.
Sowohl bei Dienstreisen als auch bei studentischen Exkursionen sollten CO₂-effiziente Verkehrsmittel bevorzugt werden. Die dafür nötigen Strukturen sollen sowohl auf Ebene der Universität als auch der Landesgesetzgebung eingefordert werden. Wissenschaftler*innen sollten Alternativen zum immensen CO₂ Ausstoß verursacht durch Flugreisen zu wissenschaftlichen Konferenzen finden und vermehrt auf alternative Verkehrsmittel umsteigen.
10. Zudem spricht sich die Vollversammlung gegen sogenannte "Campustüten" aus, denn diese verschwenden Ressourcen und erzeugen große Müllmengen.

Die Vollversammlung hat beschlossen:

die Studierendenvertretung damit zu beauftragen, sich gegenüber der Stadtverwaltung für eine autofreie Rempartstraße im Bereich der Kreuzung Werthmannstraße und Einfahrt Mensa Rempartstraße einzusetzen. Im Zuge dessen soll sie sich für einen Um- und Ausbau der freiwerdenden Fläche eingesetzt werden, um weitere Fahrradstellplätze und Aufenthaltsfläche für Studierende zu schaffen.

Die Vollversammlung hat beschlossen,

dass die Universität aufgefordert wird, ihre Definition von ‚Diversity‘ um die Dimension „chronische Erkrankung“, „psychische Erkrankung“ und „sichtbare und unsichtbare Behinderung“ zu ergänzen.

In diesem Kontext möge sich die Universität mitunter intensiver darum bemühen, mehr Bewusstsein für „Mental Health“ an der Universität zu schaffen, z.B. in Form von Schulungen von Lehrpersonal und Aktionstagen. Dafür fordert die Vollversammlung die Universität auf, die Stelle der Beauftragten für Studierende mit Behinderung/chronischer Krankheit auf 100% aufzustocken.

Zudem wird aufgefordert, dass in eine Standort- und Zielgruppen-basierte Evaluation investiert wird, die die Bedürfnisse der Studierenden mit chronischer Erkrankung und unsichtbarer, wie sichtbarer Behinderung auftrifft und welche bestimmt und effektiv in die Universität und in die Studierendenservices getragen werden sollen.

Die Vollversammlung hat beschlossen,

Die Studierendenvertretung damit zu beauftragen, sich als Sprachrohr der Studierenden für kulturelle Angelegenheiten und für öffentliche Räume in der Öffentlichkeit deutlicher einzusetzen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Situation des Freiburger Nachtlebens. Die Studierendenvertretung soll sich in der Öffentlichkeit und auf allen Ebenen der Gesetzgebung und gegen über aller Akteur*innen, wie Stadt, Anwohnenden und Kulturschaffenden, als Interessenvertretung junger Menschen in Freiburg aktiv einbringen.